

„Hoffnung auf den notwendigen Kurswechsel“

Seit 2000 ist Dr. Jochen-Michael Schäfer Vorsitzender des PVS/Verbandes. Im Juni hat die Jahreshauptversammlung ihm dieses Amt für weitere drei Jahre übertragen. Ende September sind die Bürgerinnen und Bürger zum Urnengang aufgerufen, um einen neuen Bundestag zu wählen. Das nimmt die Ärztepost zum Anlass, um mit Dr. Schäfer eine Bilanz der Gesundheitspolitik der Großen Koalition zu ziehen und den Blick in die Zukunft zu richten.

Das Interview führte Ulrike Scholderer

Ärztepost: Dr. Schäfer, wenn Sie die Gesundheitspolitik der Großen Koalition Revue passieren lassen, welche Weichenstellungen der vergangenen vier Jahre sind für Sie dann die entscheidenden, die einschneidensten gewesen?

Dr. Schäfer: Es ist schon oft gesagt worden, aber es kann gar nicht oft genug gesagt werden: In den vergangenen vier Jahren haben wir eine ungeheure Ausweitung des staatlichen Einflusses auf die medizinische Versorgung erleben müssen. Gesundheitsfonds, einheitlicher Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung und vor allem auch das staatliche Eingreifen in das Versicherungsmodell der privaten Assekuranzen sind – sofern es jetzt nicht zu einem Kurswechsel kommt – der Weg in die Sackgasse Staatsmedizin.

Ärztepost: Worin liegt für Sie das größte Versäumnis der Gesundheitspolitik in dieser Legislaturperiode?

Dr. Schäfer: Ganz ohne Zweifel darin, das Finanzierungsproblem nicht in Angriff genommen zu haben. Wir wissen alle um die demografische Entwicklung. Wir wissen alle, dass die Leistungsfähigkeit der Medizin zum Wohle für uns alle steigt. Und wir wissen, dass sich eine Schere auftut, zwischen den Kosten für eine gute medizinische Versorgung

und den Einnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Kasenseiträge können nicht beliebig steigen. Wirtschaft und auch die privaten Lebensentwürfe der Bürgerinnen und Bürger stehen dem entgegen. Deshalb brauchen wir endlich eine ehrliche Antwort auf die Frage, was von wem finanziert werden kann und soll.

Ärztepost: In den Wahlprogrammen der Parteien lesen wir, dass auch in Zukunft allen eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung offenstehen soll.

Dr. Schäfer: Das muss sicherlich unser Ziel sein. Die Frage ist nur, was damit konkret gemeint sein kann. Denn ein unbegrenztes Leistungsversprechen, also das Versprechen, dass die Solidargemeinschaft allen die bestmögliche medizinische Versorgung finanzieren kann, ist nicht mehr als ein Wahl-



Dr. Jochen-Michael Schäfer: Der finanzielle Druck im System zwingt zu Rationierungen. Das ist unfair, sowohl gegenüber den Patienten als auch gegenüber den Ärzten. | FOTO: AXENTIS

versprechen und hat darüber hinaus einen bitteren Beigeschmack. Denn schon heute erleben wir, dass der finanzielle Druck im System zu Rationierungen zwingt. Das ist unfair gegenüber den Patienten, die die Leidtragenden versteckter Rationierungen sind, und es ist unfair gegenüber den Ärzten, die das Beste für ihre Patienten wollen. Deshalb müssen wir die Frage nach dem Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherung offen stellen, wir müssen fragen, was die Aufgabe der gesetzlichen Krankenversicherung ist. Die Antwort muss sein, dass die gesetzliche Krankenversicherung

nur eine solidarische Grundversorgung zu gewährleisten hat. Diese Antwort erfordert Mut und ist in Wahlkampfzeiten ohne Zweifel unpopulär.

Ärztepost: Das heißt dann also, dass medizinische Versorgung künftig stärker als bisher privat abgesichert werden sollte?

Dr. Schäfer: Daran führt sicherlich kein Weg vorbei. Grundsätzlich muss das Geschäftsmodell der privaten Krankenversicherung ausgeweitet werden. Man kann sogar die Frage aufwerfen, ob es im Sinne der gesetzlich verankerten Subsidiarität nicht auch geboten ist, dass alle, die die Verantwortung für ihre Gesundheitsversorgung übernehmen können, dazu auch verpflichtet sein sollten. Darüber hinaus brauchen wir im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung vor allem mehr Transparenz im Leistungsgeschehen. Deshalb setzen wir uns auch hier für die Einführung der Kostenerstattung als Grundprinzip der Leistungsabrechnung ein. Denn nur wenn der Patient weiß, welche Leistungen mit welchen Aufwendungen verbunden sind, hat er überhaupt die Möglichkeit, verantwortungsbewusst mit den Ressourcen der Solidargemeinschaft umzugehen. Sozialverträgliche Selbsthalte können diese Entwicklung weiter unterstützen.

Ärztepost: Damit würden dann typische Strukturmerkmale der privaten in die gesetzliche Krankenversicherung übertragen. Hat die Gesundheitsreform aber nicht gerade gegenläufig eine GKV-isierung der PKV eingeläutet?

Dr. Schäfer: Ja, das ist richtig. Diese Entwicklung betrachten wir mit großer Sorge. Die systemfremden GKV-Elemente, die die Reform der PKV beschert hat – und allem voran der Basistarif – sind dazu angetan, die PKV ernstlich zu gefährden. Deshalb sind wir froh, dass das Bundesverfassungsgericht eindeutig gesagt hat, dass der Basistarif das Geschäftsmodell

„Wir brauchen eine starke private Krankenversicherung – ihre Rolle wird immer wichtiger.“

der PKV nicht belasten darf. Das Gericht hat dem Gesetzgeber eine Beobachtungspflicht auferlegt, er muss umsteuern, wenn die PKV insgesamt in Mitleidenschaft gezogen wird. Das ist zwar nicht der erhoffte Stopp des Basistarifs – auf jeden Fall aber ein klares Ja zum zweigliedrigen Krankenversicherungssystem. Wir wissen, dass wir den hohen medizinischen Versorgungsstandard in unserem Land ganz wesentlich einer starken privaten Krankenversicherung zu verdanken haben. Sie geht bei der Integration medizinischer Innovationen voran. Neue medizinische Verfahren werden durch die Konkurrenz von GKV und PKV schneller eingeführt und kommen so allen Patienten zu Gute. So befördert der Wettbewerb der Versicherungssysteme die Qualität der medizinischen Versorgung. Um ein deutliches Signal an die Politik zu senden, haben wir deshalb im Frühjahr gemeinsam mit der Bundesärztekammer einen Workshop zur Weiterentwicklung der privaten Kranken-

versicherung veranstaltet. Wir brauchen eine starke private Krankenversicherung und die Rolle der privaten Krankenversicherung wird immer wichtiger.

Ärztepost: Die PKV beschwert sich zwar über den Basistarif, fordert an anderer Stelle aber durchaus auch GKV-Strukturelemente für sich ein. Ist das klug?

Dr. Schäfer: In der Diskussion um die Novellierung der zahnärztlichen Gebührenordnung hat die PKV vehement eine Öffnungsklausel gefordert. Damit will sie sich die Möglichkeit eröffnen, die Versorgungskosten zu steuern, indem sie die Gebührenordnung ausschaltet. Davor möchten wir ausdrücklich warnen. Denn damit würde die PKV genau wie

„Eine Angleichung der GOÄ an den EBM – so wie sie das Bundesgesundheitsministerium unter Ulla Schmidt anstrebt – wäre fatal.“

die GKV in das Arzt-Patienten-Geschehen eingreifen. Sie würde sich gleich machen, statt auf das zu setzen, wodurch sie sich positiv abhebt.

Ärztepost: Zur angekündigten Novellierung der Gebührenordnungen ist es in dieser Legislaturperiode nicht mehr gekommen. Wann rechnen Sie damit?

Dr. Schäfer: Die Novellierung der Gebührenordnungen duldet keinen Aufschub mehr. Das weiß auch die Politik. Dabei geht es zum einen darum, dass die Gebührenordnungen völlig veraltet sind. Zum anderen muss aber auch klar sein, dass Gebührenordnungen in einem stärker wettbewerblich ausgerichteten System eine immer wichtigere Rolle spielen. Wir hoffen, dass neue politische Mehrheiten in der kommenden Legislaturperiode eine Novellierung möglich machen, die sowohl dem doppelten Schutzauftrag der Gebührenordnungen gerecht wird als auch ihren Charakter als sektorübergreifende Einzelleistungssystematik bewahrt. Eine Angleichung an die Gebührenregelungen im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherungen –

so wie sie das Bundesgesundheitsministerium unter Ulla Schmidt anstrebt – wäre fatal.

Ärztepost: Was wünschen Sie sich von der nächsten Bundesregierung?

Dr. Schäfer: Den notwendigen Kurswechsel. Dazu gehört, dass das Finanzierungsproblem angepackt wird. Der Leistungsumfang in der GKV muss neu definiert werden. Bundespräsident Horst Köhler hat im Rahmen des ZDF-Sommerinterviews kürzlich darauf hingewiesen, dass bestimmte langfristige Probleme unseres Landes bisher nicht offen und nicht ehrlich genug öffentlich diskutiert worden seien. Es müsse aber klargemacht werden, dass alles anzubieten, was denkbar sei, einfach nicht möglich sei. Das gilt gerade auch für die gesetzliche Krankenversicherung. Hier wünschen wir den Politikern, die künftig die Regierungsverantwortung tragen, Mut zur Ehrlichkeit.

Ärztepost: Vielen Dank für das Gespräch. ■